

Philipps



Universität
Marburg

MENA direkt

Kurzanalyse

Schriftenreihe des Fachgebiets Politik
am Centrum für Nah- und Mittelost-Studien (CNMS)

**Rückenwind für die systemtreuen Pragmatiker:
Parlaments- und Expertenratswahlen in Iran**

Christian Ebert

No. 14 – Juni 2016 – ISSN: 2364 – 7035

Rückenwind für die systemtreuen Pragmatiker: Parlaments- und Expertenratswahlen in Iran

Zusammenfassung

- Moderate und pragmatische Kräfte gehen gestärkt aus den Parlamentswahlen hervor, der politische Mainstream bewegt sich zur Mitte
- Unterstützer Präsident Rouhanis wollten radikale Gegner der aktuellen Außen- und Wirtschaftspolitik schwächen und gemäßigte Konservative stärken
- Die anhaltende Machtkonzentration Ultrakonservativer im Expertenrat und in den nicht gewählten Institutionen des Systems bremst jedoch weiterhin eine wirtschaftliche und vor allem politische Liberalisierung des Landes
- Vor diesem Hintergrund bleibt die derzeitige Kooperation zwischen moderaten und pragmatisch-konservativen Kräften instabil

Die am 26. Februar 2016 erstmals gleichzeitig abgehaltenen Parlaments- und Expertenratswahlen in der Islamischen Republik Iran galten bereits im Vorfeld als richtungsweisend für die weitere Entwicklung des Landes. Insbesondere nach dem Atomabkommen von Wien im Juli 2015 und der damit verbundenen Aufhebung internationaler Sanktionen gegen das iranische Nuklearprogramm im Januar 2016 wurden die Wahlen als ein Stimmungstest für die Regierung unter Präsident Hassan Rouhani wahrgenommen. Innerhalb des kurzen Zeitraums vom Abschluss des Wiener Abkommens bis zum Wahltermin hatte sich bezüglich der wirtschaftlichen Situation der Bevölkerung keine spürbare Verbesserung eingestellt. Im Gegenteil, zum Jahresende stand das Land unter dem Eindruck einer drohenden Rezession.

Die Frage lautete daher, ob die Wahlen zu einer regierungsfreundlichen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses führen würden, was folglich dem Präsidenten den notwendigen Spielraum verschaffen würde, seinen reformorientierten Politik- und Wirtschaftskurs fortzusetzen.

Ausschlaggebend für die zukünftigen Machtverhältnisse im Parlament war dabei weniger die Anzahl von Reformkandidaten, von denen der Wächterrat viele nicht zur Wahl zugelassen hatte. Entscheidend war vielmehr ein Auseinanderdriften der Positionen innerhalb des konservativen Lagers, da sich pragmatische Konservative in ihrer Haltung zur Regierungspolitik zunehmend von den Hardlinern distanzierten. Der Entfremdungsprozess hatte bereits kurz nach der Niederschlagung der Proteste gegen die kontroverse Wiederwahl Präsident Mahmud Ahmadedschads im Jahre 2009 eingesetzt. Zu diesem Zeitpunkt sah sich die Islamische Republik mit dem Versuch einer vollständigen politischen Ausgrenzung der Reformeure durch radikale Kräfte konfrontiert. Der Machtzuwachs dieser Radikalen führte schließlich auch zu mehr Konflikten zwischen den Konservativen, wodurch der politischen Ordnung eine Destabilisierung von innen drohte. Daraus resultierte letztendlich der Wunsch der politischen Führung des Landes, gemäßigte

Reformkräfte in den politischen Prozess wieder einzubinden und extreme Gruppierungen im rechten Lager einzuhegen. Auf diesem Weg sollte unter der Aufsicht pragmatischer Konservativer, die sich als das eigentliche Zentrum des politischen Spektrums begreifen, ein neuer Elitenkompromiss erreicht werden.¹ In diesem Sinne war eine Schwächung der radikaleren Kräfte zugunsten gemäßigter Konservativer, die die Außen- und Wirtschaftspolitik Rouhanis bisher gestützt hatten, das eigentliche Ziel der Unterstützer des Präsidenten.²

Der Expertenratswahl fiel eine fast noch größere Bedeutung zu als den Parlamentswahlen. Dem überwiegend mit schiitischen Geistlichen besetzten Gremium wird aller Wahrscheinlichkeit nach innerhalb der nächsten Jahre die Aufgabe obliegen, den nächsten Revolutionsführer zu ernennen. Dieser muss nicht nur über ausreichenden Rückhalt im geistlichen Establishment verfügen, sondern wird auch innerhalb des Staatsapparats, der Sicherheitsorgane und bei zentralen Wirtschaftsakteuren Zustimmung finden müssen. Entsprechend hart umkämpft war die Wahl zwischen Geistlichen unter der Führung des ehemaligen Präsidenten Ayatollah Ali Akbar Hashemi Rafsandschani, einem Förderer Rouhanis, und ultrakonservativen Vertretern des Systems. Beide Lager hofften darauf, mit der Wahl entscheidende Weichen für die zukünftige Entwicklung des Landes stellen zu können.

Die Vorwahlphase

Das iranische Parlament (*majles-e shura-ye eslami*) besteht aus 290 Abgeordneten. Diese werden für eine Dauer von vier Jahren gewählt. Fünf Sitze sind dabei den anerkannten religiösen Minderheiten des Landes, den Zoroastriern, Juden und Christen, vorbehalten. Die legislative Funktion ist jedoch eingeschränkt, da verabschiedete Gesetze des Parlaments vom Wächterrat (*shura-ye negahban-e qanun-e asasi*) auf ihre Vereinbarkeit mit islamischem Recht und der Verfassung der Islamischen Republik überprüft werden und abgelehnt werden können. Im Falle eines dauerhaften Konflikts liegt die Entscheidung letztlich bei einem dritten Organ, dem sogenannten Schlichtungsrat (*majma'-e tashkhis-e maslahat-e nezam*).

Dem Parlament obliegt jedoch unter anderem auch die Bewilligung des Haushaltsplans. Es muss Ministerkandidaten bestätigen beziehungsweise darf diese ablehnen, kann Minister ihres Amtes entheben und Anfragen stellen, zu deren Beantwortung die Regierung verpflichtet ist. Damit verfügt das Parlament über unterschiedliche Instrumente zur Kontrolle der Regierungsarbeit und spielt im politischen Alltag trotz seiner legislativen Beschränkungen eine wichtige Rolle.

Für die Wahlen im Februar 2016 hatte sich eine Rekordanzahl von über 12.000 Personen für eine Kandidatur bei den Parlamentswahlen registriert. Nach einer längeren Phase der Überprüfung, in der der Wächterrat zahlreiche Bewerber disqualifizierte und einige erst nachträglich zuließ, belief sich die Anzahl der Kandidaten für das Parlament auf 4.844. Das Innenministerium bestätigte dabei, dass die Anzahl der Frauen im Kandidatenfeld circa 10 Prozent betragen würde. Unter den disqualifizierten Bewerbern fanden sich zahlreiche Anhänger der Moderaten und des Reformerslagers.

Im Zuge der von Reformern unterstützten Proteste gegen die Wiederwahl Ahmadinedschads – der sogenannten „Grünen Bewegung“ – prangerten ultrakonservative Teile des politischen Establishments viele prominente Vertreter des Lagers als „Aufrührer“ an. Diese werden seitdem systematisch vom politischen Prozess ausgeschlossen.

Der 88-köpfige Expertenrat (*majles-e khobregan-e rahbari*) hingegen ist primär zuständig für die Wahl des Revolutionsführers. Seine Mitglieder werden für eine Dauer von acht Jahren direkt vom

Volk gewählt und das Gremium ist verpflichtet zwei Mal pro Jahr zusammenzutreten. Der Expertenrat verfügt zudem über die gesetzliche Autorität, den Revolutionsführer seines Amtes zu entheben, sollte er nicht mehr imstande sein, seinen Aufgaben nachzukommen oder die in der Verfassung festgelegten Voraussetzungen zur Ausübung des Amtes zu erfüllen. Kandidaten für den Expertenrat müssen nicht zwingend schiitische Geistliche sein, aber neben weiteren Voraussetzungen über die Fähigkeit zur Erteilung von religiösen Rechtsgutachten verfügen. Bei über 800 Bewerbern, deren Qualifikation ebenfalls vom Wächterrath überprüft wurde, betrug die Anzahl der zur Wahl stehenden Kandidaten schließlich 159. Dadurch blieb die Auswahl für die Wählerschaft in zahlreichen Wahlkreisen eingeschränkt. In der Provinz Semnan standen demnach exakt so viele Kandidaten zur Wahl, wie Sitze zu vergeben waren. Obwohl Frauen sich für einen Sitz bei der Expertenratswahl bewerben können, besaß laut dem Urteil des Wächterraths keine der 16 Bewerberinnen eine ausreichende Qualifikation, um zur Wahl zugelassen zu werden.

Die Ausgangslage vor den Parlamentswahlen: Die politische Landschaft verändert sich

Das politische Spektrum in der Islamischen Republik wird derzeit unterteilt in drei große Strömungen: konservative Prinzipalisten (*osulgarayan*), als gemäßigt geltende Moderate (*etedalgarayan*), oft auch Zentristen genannt, sowie liberalere Reformer (*eslahtalaban*). Als zentrale Streitfragen gelten dabei unter anderem die Entspannung des Verhältnisses zu den USA und Europa sowie die Liberalisierung der Wirtschaft und die Ausweitung bürgerlicher Freiheitsrechte. Da in der Islamischen Republik ein Parteiensystem nach europäischem Vorbild nicht existiert, gestalten sich die Übergänge zwischen den politischen Lagern weitaus fließender und auf individueller Ebene differenzierter als die übliche Unterteilung vermuten lassen würde. Viele Vertreter des politischen Establishments entziehen sich daher einer klaren Einordnung. Die Vorwahlphase war in diesem Zusammenhang geprägt von zwei Entwicklungen: die zunehmende Kluft zwischen ultrakonservativen Prinzipalisten und pragmatischen Konservativen sowie der verstärkte Zusammenschluss Letzterer mit Zentristen und Reformern.

Im Vorfeld der Wahlen bilden die Kandidaten in der Regel gemeinsame Wahllisten und schließen sich nach ihrem Einzug ins Parlament zu einzelnen Fraktionen zusammen. Da Kandidaten in ihren Wahlkreisen nicht auf eine Wahlliste beschränkt sind, können sie auf mehreren Listen zugleich antreten. Prominentestes Beispiel bei dieser Wahl war der Abgeordnete Ali Motahari. Der bekannte Konservative führte seine eigene Wahlliste „Stimme der Nation“ (*seda-ye mellat*) an und trat ebenso auf der gemeinsamen Wahlliste der Reformer und Moderaten in Teheran, der sogenannten „Liste der Hoffnung“ (*list-e omid*), an. Motahari gilt als Unterstützer der Wirtschafts- und Außenpolitik Präsident Rouhanis, vertritt in gesellschaftlichen Fragen jedoch konservative Positionen.

Auch wenn Moderate und Reformer aufgrund der hohen Anzahl an Disqualifikationen nicht in der Lage waren, in allen Wahlkreisen eigene Kandidaten anzubieten, konnte ihre „Liste der Hoffnung“ dennoch unter Einschluss einiger pragmatischer Konservativer eine mehrheitsfähige Anzahl an Personen präsentieren. Besonders die Reformer hofften nach der Präsidentschaftswahl 2013 mit einem guten Wahlergebnis bei der Parlamentswahl den zweiten Schritt ihrer Reintegration in den politischen Prozess vollziehen zu können.

Während moderate Zentristen und Reformer im Vorfeld der Wahlen Geschlossenheit demonstrierten, blieb das Lager der Prinzipalisten gespalten. Im Kern sind die Prinzipalisten seit jeher kein monolithischer Block, sondern bestehen aus zwei Flügeln: Traditionelle Konservative,

die über enge Beziehungen zum religiösen Establishment und zu den einflussreichen Kaufleuten des Bazars verfügen, sowie die sogenannten Hezbollahis, radikalislamistische Gruppen, deren Anhänger sich zu großen Teilen aus der Unterschicht und dem konservativ-islamistischen Teil des Kleinbürgertums rekrutieren. Der Zusammenschluss beider Strömungen, die eine Rückkehr zu den Prinzipien der Islamischen Revolution einforderten, folgte als Reaktion auf den Wahlsieg Mohammad Khatamis bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 1997 und seine Reformagenda. Mit dem Bündnis zielten die Prinzipalisten darauf ab, dauerhaft ein organisatorisches und programmatisches Gegengewicht zum Reformlager zu schaffen.³

Die Fragmentierung der Prinzipalisten, deren Flügel die gegenseitigen Spannungen nie überwinden konnten, setzte jedoch bereits während der kontroversen zweiten Amtszeit Präsident Ahmadinedschads (2009 bis 2013) ein. Mit dem Versuch radikaler Kräfte, die politischen Verhältnisse dauerhaft umzugestalten, nahmen interne Machtkämpfe seinerzeit zu.⁴

Zurzeit unterteilen sich die Prinzipalisten daher in drei größere Gruppen. Nach den Parlamentswahlen im Jahre 2012 bildeten im Kern pragmatische, traditionelle Konservative, angeführt vom einflussreichen Parlamentspräsidenten Ali Laridschani, die Fraktion der „Anhänger der Führerschaft“ (*rahravan-e velayat*). Diese Fraktion konnte die Mehrheit des Parlaments auf sich vereinigen und unterstützte weitgehend die von der iranischen Regierung ausgehandelte Einigung im Nuklearstreit mit den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und Deutschland (P5+1). Als weitere Gruppe gelten diejenigen traditionellen Prinzipalisten, die in eindeutiger Opposition zur Politik der Regierung Rouhanis stehen. Die dritte Strömung bilden die als Hardliner geltenden sogenannten Neo-Prinzipalisten. Im Dezember 2015 lehnten Laridschani und weitere pragmatische Konservative es schließlich ab, der Wahlkoalition der Prinzipalisten beizutreten und kandidierten stattdessen als Unabhängige. Diese Entscheidung spiegelte die sich seit der Wahl Präsident Rouhanis im Jahre 2013 abzeichnende Annäherung zwischen pragmatischen Konservativen und Moderaten im Zuge der Entfremdungstendenzen bei den Prinzipalisten wider.

Die gemeinsame Liste der Konservativen in Teheran, die sogenannte „große Koalition der Prinzipalisten“ (*e'telaf-e bozorg-e osulgarayan*), setzte sich daher zum großen Teil aus Kritikern der aktuellen Regierung zusammen. Darunter waren Mitglieder und Anhänger der extremen „Front des Fortbestands der Revolution“ (*jebheh-ye peydari-ye enqelab-e eslami*) und ehemalige Offizielle der Ahmadinedschad-Regierung. Die Liste wurde von Gholam Ali Haddad-Adel, einem ehemaligen Parlamentssprecher, angeführt. Die daraus resultierende Konzentration radikalerer Positionen innerhalb der Koalition der Prinzipalisten drohte letztendlich beim Wahlergebnis zu einer Schwächung der Hardliner zu führen.

Die Brisanz der Expertenratswahl

Seit einer Operation im Jahre 2014 mehren sich Bedenken über den Gesundheitszustand des 76-jährigen Revolutionsführers Ayatollah Ali Khamenei. Mittlerweile wird sogar offen darüber spekuliert, dass der Expertenrat innerhalb der nächsten acht Jahre einen Nachfolger für das mächtigste Amt der Islamischen Republik wählen müssen.⁵ Khamenei selbst äußerte sich am 9. Januar 2016 in einer Rede erstmals hierzu: „Auch der Expertenrat ist von großer Bedeutung. [...] An dem Tag, an dem der derzeitige Führer nicht mehr auf dieser Welt ist [...], müssen sie [die Mitglieder des Expertenrats] einen Führer auswählen.“⁶

Die von Ayatollah Rafsandschani angeführte Liste der „Experten des Volkes“ (*khobregan-e mardom*) umfasste unter Einschluss vieler Konservativer, die ebenfalls auf Listen der „Vereinigung der kämpfenden Geistlichkeit“ (*jame'eh-ye ruhaniyat-e mobarez*) und der „Gesellschaft der Lehrer des Theologenseminars in Qom“ (*jame'eh-ye modarresin-e houzeh-ye 'elmiyeh-ye Qom*) antraten, 77 Kandidaten. Besonders schmerzlich traf das Lager der moderaten Kräfte um Rafsandschani die Disqualifikation Hassan Khomeinis, dem 43-jährigen Enkel des Staatsgründers Ayatollah Khomeini. Von dem vergleichsweise jungen und unter den gemäßigten Teilen der Bevölkerung populären Geistlichen hatte man sich einen positiven Mobilisierungseffekt erhofft, um der Wahlliste der Moderaten zusätzliche Stimmen einzubringen. Darüber hinaus sollte der Name Khomeini dem Lager Rafsandschani und Rouhanis zusätzliche ideologische Legitimität verleihen. Auch nach Hassan Khomeinis Disqualifikation, die der Wächterrat mit fehlender Erfahrung des islamischen Rechtsgelehrten begründete, warb die von Rafsandschani angeführte 16-köpfige Liste in der Hauptstadt Teheran mit dem Konterfei des jungen Klerikers.

Als Ziel für die Wahl formulierte Rafsandschani schließlich den Einzug aller 16 Mitglieder der Liste für den Wahlbezirk Teheran. Im Falle des Erfolgs wäre damit drei einflussreichen konservativen Geistlichen – Ahmad Jannati, der Vorsitzende des Wächterrats, Mohammad Yazdi, der Vorsitzende des Expertenrats, und Mohammad Taqi Mesbah-Yazdi, einer der prominentesten Hardliner im Expertenrat – der erneute Einzug in das Gremium verwehrt geblieben.

Ayatollah Rafsandschani erhoffte sich von dieser Strategie, trotz einer fortbestehenden konservativen Mehrheit im Expertenrat die Gewichte innerhalb des Gremiums zu seinen Gunsten verschieben zu können. Denn im Falle der Bestimmung eines Nachfolgers des derzeitigen Revolutionsführers gelten nicht allein die Mehrheitsverhältnisse zwischen Konservativen und Moderaten im Expertenrat als entscheidender Faktor. Einer solchen Wahl werden erwartungsgemäß intensive Verhandlungen zwischen bedeutenden Figuren innerhalb des Expertenrats vorausgehen. Zudem verschafft die Vernetzung der jeweiligen Mitglieder mit dem Sicherheitsapparat, den Revolutionsgarden, den religiösen Stiftungen (*bonyad*) und dem geistlichen Establishment in der Gelehrtenstadt Qom auch diesen tragenden Säulen des Systems ein besonderes Gewicht.

Ohne die zentralen ultrakonservativen Akteure Jannati, Yazdi und Mesbah-Yazdi, so die Überlegung, könnten sich die Kräfte um Rafsandschani bei derartigen Verhandlungen daher stärker positionieren. Rafsandschani hat zudem das Modell eines Führungsrates als mögliche Lösung für die Nachfolge Khameneis ins Spiel gebracht. Die Verfassung bietet zwar die Möglichkeit, einen provisorischen Führungsrat zu bilden. Die Idee eines Rates als permanente Lösung stößt jedoch bei radikalen Anhängern des sogenannten Prinzips der Herrschaft des Obersten Rechtsgelehrten (*velayat-e faqih*), wie Ayatollah Mesbah-Yazdi, auf fundamentale Ablehnung.

Als Reaktion warnten die Gegner Rafsandschani und des Zusammenschlusses aus Moderaten, Reformern und pragmatischen Konservativen vor der Einflussnahme feindlicher ausländischer Mächte auf die Willensbildung der Bevölkerung im Vorfeld der Wahlen.

Ayatollah Khamenei beschuldigte sowohl britische Medien als auch die USA, den Ausgang der Wahlen beeinflussen zu wollen, und warnte vor einer falschen Polarisierung der Gesellschaft. Der Revolutionsführer wehrte sich darüber hinaus gegen eine Unterteilung in politische Hardliner, die hinter den Prinzipien der Islamischen Revolution stünden, und Moderate, die vor dem Feind kapitulieren würden. Dabei nahm er aber auch indirekt die Regierung Rouhanis und ihre Unterstützer vor Diffamierungen in Schutz, indem er erklärte, dass niemand im Land eine Abhängigkeit vom Feind befürworten würde.⁷ Ayatollah Khamenei, der durch seine

Entscheidungen maßgeblich die derzeitige Verteilung der politischen Gewichte mitgestaltet und damit eine politische Mäßigung ermöglicht hat, demonstrierte damit seine Absicht, Radikalisierungstendenzen innerhalb der politischen Landschaft entgegenzuwirken. Der Revolutionsführer appellierte – wie bereits bei der Präsidentschaftswahl 2013 – zudem auch an den Patriotismus derjenigen Iraner, die das System der Islamischen Republik ablehnen, und rief sie dazu auf, zum Schutz und Ansehen des Landes an der Wahl teilzunehmen.⁸

Die Kampagne der Unterstützer Präsident Rouhanis und Ayatollah Rafsandschanis erhielt zusätzlichen Schwung, als Ex-Präsident Mohammad Khatami sich wenige Tage vor der Wahl per Videobotschaft an die Anhänger des Reformerlagers wandte. Seine Botschaft enthielt die Aufforderung, für alle Kandidaten der „Liste der Hoffnung“ und der Liste der „Experten des Volkes“ zu stimmen. Der ehemalige Präsident, dessen Name und Bild aufgrund seiner Unterstützung für die „grüne Bewegung“ von iranischen Medien seit Februar 2015 nicht mehr veröffentlicht werden darf, genießt bei Teilen der Bevölkerung noch immer ein hohes Maß an Popularität. Entsprechend verbreitete sich die Wahlaufforderung Khatamis schnell in den iranischen sozialen Medien und verschaffte den Anhängern der Regierung einen entscheidenden Mobilisierungseffekt.

Der Wahlausgang: Stärkung moderater und pragmatischer Kräfte

Innenminister Rahmani Fazli verkündete am 29. Februar 2016 das vorläufige Ergebnis für beide Wahlen mit einer Beteiligung von 62 Prozent der rund 55 Millionen registrierten Wahlberechtigten im Land. Eindeutig war dabei der Wahlsieg der Reformerliste in Teheran, die alle 30 zu vergebenden Sitze gewinnen konnte. Dieser Umstand ist nicht nur symbolisch von besonderer Bedeutung. Auf den Wahllisten der Hauptstadt finden sich üblicherweise viele politische Schwergewichte und prominente Vertreter der jeweiligen Strömungen, die die politischen Debatten innerhalb des Parlaments, aber auch in der Öffentlichkeit, entscheidend beeinflussen können.⁹ Die Regierungsgegner werden sich daher im zukünftigen Parlament ohne einige ihrer Führungsfiguren organisieren müssen. Für 68 Parlamentssitze war jedoch ein zweiter Wahlgang notwendig, da in den jeweiligen Wahlkreisen kein Kandidat die erforderliche Mindestanzahl von 25 Prozent der vergebenen Stimmen für sich gewinnen konnte.

Mit dem Ergebnis des zweiten Wahlgangs der Parlamentswahl vom 29. April 2016 wurden den Moderaten und Reformern insgesamt zwischen 119 und 123 Sitzen zugesprochen, während die Prinzipalisten den Berechnungen zufolge eine Anzahl zwischen 80 und 83 Sitzen erhielten. Rund 81 weitere Sitze gingen an unabhängige Kandidaten, darunter auch pragmatische Konservative wie Ali Laridschani. Außerdem sind die obligatorischen fünf Sitze für Vertreter der religiösen Minderheiten einzubeziehen. Die Schätzungen variieren entsprechend der von den jeweiligen Analysen vorgenommenen Trennlinien. Hinzu kommt, dass einige Kandidaten gleichzeitig auf mehreren Listen antraten oder auf einer Liste standen, die bisher nicht ihrer politischen Ausrichtung entsprochen hat.

Da die gewählten Abgeordneten der „Liste der Hoffnung“ keine absolute Mehrheit im Parlament erringen konnten, bleibt abzuwarten, wie sich die unabhängigen Parlamentarier zu den jeweiligen Themen und Streitfragen letztendlich positionieren werden.

Das Wahlergebnis hat darüber hinaus vielen neuen, jungen und bisher unbekanntem Kandidaten den Einzug ins Parlament ermöglicht. Auch die Anzahl der Frauen hat sich im Vergleich zur

Zusammensetzung des letzten Parlaments von 9 auf 17 erhöht, und bildet damit einen Höchstwert in der Geschichte der Islamischen Republik.

Präsident Rouhani begrüßte das Wahlergebnis und äußerte seine Zuversicht über eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem neu gewählten Parlament und der Regierung.¹⁰ Für ihn bedeutet der Wahlausgang eine Bestätigung seines bisherigen Kurses. Zu den Hardlinern im Parlament, die ihren Sitz nach der Wahl nun verloren haben, gehören die prominentesten Kritiker des Nukleardeals.

Auch der vergleichsweise geringe Anteil prominenter Vertreter des Reformerslagers im Parlament ist aus Sicht der Regierung ein Vorteil. Eine starke Fraktion der Reformer hätte mit Forderungen für eine Ausweitung politischer und gesellschaftlicher Freiheitsrechte die Zusammenarbeit mit konservativen Vertretern im Parlament entschieden erschweren können. Somit zeichnen sich eine weitere Entradikalisierung des politischen Mainstreams auf beiden Seiten des traditionellen Spektrums und eine Bewegung zur Mitte ab. Diese Entwicklung ließ sich bereits bei den Parlamentswahlen 2012 beobachten, als nach dem Ausschluss vieler Reformer aus dem politischen Prozess im Jahre 2009 schließlich auch Präsident Ahmadinedschad und seine Gefolgsleute entmachtet wurden. Dieser hatte zuvor zunehmend die Autorität des Revolutionsführers herausgefordert.

Ähnlich wie bei der Parlamentswahl konnten auch bei der Expertenratswahl die Kräfte um Rafsandschani in der Hauptstadt Erfolge feiern. Im Wahlkreis Teheran eroberten Rafsandschani und die von ihm geführte Liste der „Experten des Volkes“ 15 von 16 Sitzen. Mit dem Ergebnis gelang es, den Einzug der beiden prominenten Hardliner Ayatollah Yazdi und Ayatollah Mesbah-Yazdi in den Expertenrat zu verhindern. Lediglich Ayatollah Jannati erhielt die ausreichende Anzahl an Stimmen, um als 16. erfolgreicher Kandidat in den Expertenrat einzuziehen. Für die Hardliner in der Versammlung bedeutet die Niederlage dieser beiden Führungsfiguren einen nicht zu unterschätzenden Verlust. Andere bekannte Vertreter des Lagers, wie Ayatollah Ahmad Alamolhoda und Ayatollah Ahmad Khatami, konnten sich in ihren Wahlkreisen jedoch klar durchsetzen. Unter den Gewählten befindet sich mit Mohsen Esmaeili, einem Juristen und Mitglied des Wächterrats, auch der erste Nichtgeistliche, dem der Einzug in den Expertenrat gelungen ist.¹¹

Landesweit gewannen Kandidaten der moderaten Liste rund 55 Sitze im Expertenrat, jedoch befanden sich darunter auch viele konservative Kandidaten, wie der Teheraner Freitagsprediger Ayatollah Mohammad Emami-Kashani und Ayatollah Mohammad Ali Movahedi-Kermani, der ehemalige Vertreter des Revolutionsführers bei den Revolutionsgarden.

Der Rat verfügt zwar über 32 neue Mitglieder, die der Expertenversammlung während der letzten Periode nicht angehört hatten, davon werden aber 14 den Hardlinern zugerechnet.¹² Im neu gewählten Gremium befinden sich wiederum nur 14 Mitglieder, die ausschließlich auf der Liste der moderaten Kräfte angetreten waren. Dagegen waren 28 Mitglieder einzig auf einer oder beiden Listen der konservativen Vereinigungen vertreten; 42 Mitglieder hatten sowohl auf der moderaten als auch auf den konservativen Listen kandidiert. Vier weitere Mitglieder sind als unabhängige Kandidaten in den Rat eingezogen.¹³ Insgesamt dominieren daher die von beiden konservativen Vereinigungen unterstützten Mitglieder weiterhin die Versammlung.

Ausblick

Für sein Ziel, wirtschaftsliberale Reformen umzusetzen – dazu zählen die Stärkung des Privatsektors sowie die Bekämpfung von Korruption –, wird Rouhani mit der neuen Zusammensetzung des Parlaments aller Wahrscheinlichkeit nach weniger Störfeuer aus den Reihen der Abgeordneten erhalten als bisher. Schätzungen zufolge gelten über 150 Abgeordnete ungeachtet ihrer Fraktionszugehörigkeit im neuen Parlament als tendenziell regierungsfreundlich. Die Reformen sollen die Ausgangsbedingungen für ausländische Direktinvestitionen attraktiver gestalten, die wiederum als Motor für wirtschaftliches Wachstum und die Modernisierung des Landes fungieren sollen. Der am 31. Mai 2016 wiedergewählte Parlamentspräsident Laridschani, der Rouhanis außen- und wirtschaftspolitischen Kurs bisher unterstützt hat, könnte hierbei eine entscheidende Rolle einnehmen um über die politischen Lager hinweg Mehrheiten in dieser Frage zu organisieren. Die fortwährende Dominanz der Ultrakonservativen in den nicht gewählten Institutionen der Justiz, des Wächterrats und des Sicherheitsapparats setzt allzu mutigen Reformvorhaben jedoch entscheidende Grenzen.

Dadurch droht Rouhani aber mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2017 auf Dauer den Rückhalt der Reformen zu verlieren. Ihre Unterstützung hatte einst seinen Wahlsieg ermöglicht. Im Gegenzug erhofften sich die Reformen, dass Rouhani die in der Verfassung festgeschriebenen Bürgerrechte durchsetzen und die Freilassung der Anführer der „Grünen Bewegung“ erwirken könnte. Beides konnte der Präsident bisher nicht einlösen.

Die Wahlbeteiligung und das Ergebnis deuten jedoch darauf hin, dass große Teile der Bevölkerung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zurzeit eine höhere Priorität einräumen und die Regierung nicht primär an ihrem bisherigen Scheitern bei der Durchsetzung in Aussicht gestellter gesellschaftlicher Reformen messen. In den letzten Jahren ist der Anteil der erwachsenen Wähler (30 bis 64 Jahre) stetig gestiegen und lag 2013 bereits bei 57 Prozent. Themen wie die Frage nach gesicherten Arbeitsplätzen und Lohnentwicklung haben für diese Altersgruppe nach Jahren wirtschaftlicher Belastungen allem Anschein nach Vorrang vor gesellschaftlichen Reformen.¹⁴ Die Altersstruktur des Landes könnte diesen Trend in den kommenden Jahren sogar weiter zementieren. Dabei steht die Regierung Rouhanis trotz des diplomatischen Erfolgs in den Nuklearverhandlungen weiterhin vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen. Zwar hat der Internationale Währungsfonds dem Land für das Jahr 2016 nach der Aufhebung der Sanktionen ein vierprozentiges Wachstum des Bruttoinlandsprodukts prognostiziert, was die Wirtschaft Irans stabilisieren sollte. Präsident Rouhani hat jedoch selbst geschätzt, dass ein Wachstum von 8 Prozent nötig wäre, um die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit und Inflation erfolgreich einzudämmen.¹⁵

Hinzu kommt, dass durch den Wirtschaftskurs Rouhanis Teile der Revolutionsgarden ihre Sonderposition in bestimmten Wirtschaftssektoren bedroht sehen. Gegen den Widerstand der Revolutionsgarden und der großen religiösen Stiftungen, die weite Teile der iranischen Wirtschaft kontrollieren, werden Reformen daher kaum durchsetzbar sein. Wie hoch die Hürden sind, die es in dieser Frage zu überwinden gilt, verdeutlicht die Auseinandersetzung zwischen der Regierung und Hardlinern um die neuen Vertragsmodelle für ausländische Investitionen im Energiesektor, die sogenannten Iran Petroleum Contracts. Über 50 Projekte sollen unter dem neuen Vertragsmodell laufen. Ausländische Investoren könnten jedoch aufgrund weiterhin bestehender Sanktionen gegen das Corps davor zurückschrecken, mit Unternehmen, die mit den Revolutionsgarden affiliert sind, zusammenzuarbeiten. Die Revolutionsgarden fürchten um ihre privilegierte Position im Energiesektor, die sie während der Ahmadinedschad-Ära und in der Hochphase des

Sanktionsregimes erlangt haben. Entsprechend hart fiel die Kritik an dem Vertragsmodell und Rouhanis Ölminister, Bijan Zanganeh, vonseiten der Regierungsgegner zuletzt aus. Rouhani wird daher auf die Interessen dieser Akteure eingehen und sie zu Profiteuren der von ihm forcierten wirtschaftlichen Öffnung machen müssen.

Eine Kooperation zwischen Reformern, Moderaten und regierungsfreundlichen Prinzipalisten allein garantiert somit noch keine erfolgreiche Umsetzung der Regierungspolitik. Ebenso bleibt abzuwarten, inwieweit Ayatollah Khamenei, der als Befürworter einer auf heimische Produktion und wirtschaftliche Unabhängigkeit setzenden „Widerstandswirtschaft“ (*eqtesad-e moqavemati*) gilt, nun nach der Aufhebung der mit dem Nuklearprogramm verbundenen Sanktionen weitere Reformvorhaben Rouhanis zur Öffnung der iranischen Wirtschaft unterstützen wird. Eine Zunahme der Spannungen in dieser Frage kann nicht ausgeschlossen werden, nachdem beide in ihrer jeweiligen Ansprache für das iranische Neujahr am 20. März 2016 unterschiedliche Akzente gesetzt haben.¹⁶ Darin äußerte der Präsident die Hoffnung, dass neben gemeinsamen Anstrengungen im Land selbst ein konstruktiver Austausch mit der Welt zur Entwicklung der iranischen Wirtschaft beitragen werde. Ayatollah Khamenei hingegen erklärte, dass die Förderung der Widerstandswirtschaft der Schlüssel zu steigender Beschäftigung und ökonomischem Wachstum sei. Vor diesem Hintergrund bleibt auch die Zusammenarbeit zwischen den moderaten Kräften und pragmatischen Konservativen, die traditionell als loyale Anhänger des Revolutionsführers gelten, instabil.

Die Wahl des ultrakonservativen Ayatollahs Jannati zum neuen Vorsitzenden des Expertenrats am 24. Mai 2016 hat verdeutlicht, dass die Niederlagen Ayatollah Yazdis und Ayatollah Mesbah-Yazdis bei der Expertenratswahl keine wesentlichen Kräfteverschiebungen innerhalb des Gremiums zugunsten der Unterstützer Ayatollah Rafsandschanis nach sich gezogen haben. Berichten zufolge erhielt Jannati 51 von 85 Stimmen, während die moderateren Gegenkandidaten Ayatollah Ebrahim Amini und Ayatollah Mahmoud Hashemi Shahroudi mit 21 und 13 erhaltenen Stimmen abgeschlagen blieben. Ayatollah Rafsandschani, der bereits von 2007 bis 2011 Vorsitzender des Expertenrats war, hatte sich zuvor gegen eine erneute Kandidatur entschieden. Rafsandschanis letzter Versuch, noch einmal den Vorsitz des Rats zu übernehmen, scheiterte im März 2015, als er bei der Wahl gegen Ayatollah Yazdi deutlich unterlegen blieb. Ein ähnliches Szenario wäre bei einer erneuten Kandidatur Rafsandschanis zu erwarten gewesen.

Wie lange sowohl der 81-jährige Rafsandschani als auch der 89-jährige Jannati selbst noch in der Lage sein werden auf die Geschicke des Expertenrats Einfluss zu nehmen, bleibt ebenfalls eine kaum einzuschätzende, aber zentrale Variable im Ringen um die Nachfolge Ayatollah Khameneis. Über die Zusammensetzung des Expertenrats allein lassen sich jedoch keine Rückschlüsse ziehen, wer namentlich als Nachfolger Khameneis in Frage käme. Die Nachfolgefrage bleibt für Außenstehende damit auch weiterhin spekulativ. Ayatollah Shahroudi, Ayatollah Sadeq Amoli Laridschani oder auch Hodschatoleslam Hassan Khomeini sind verschiedentlich Gegenstand derartiger Spekulationen geworden, aber konkrete Hinweise zu ihren Aussichten, das Amt des Revolutionsführers zu übernehmen, gibt es nicht. Das Jonglieren mit Namen ist an dieser Stelle daher wenig zielführend. Ayatollah Rafsandschani ließ zumindest im Dezember 2015 verlautbaren, dass der Rat bereits verschiedene Optionen für die Nachfolge des Revolutionsführers überprüfen würde. Angesichts der Gewichtsverteilung innerhalb der Versammlung und unter Berücksichtigung des Einflusses der zentralen externen Akteure, wie des Sicherheitsapparats und der Revolutionsgarden, ist die Wahl eines konservativen Kompromisskandidaten wahrscheinlich.

Auch von Revolutionsführer Ayatollah Khamenei ist zu erwarten, dass er in Bezug auf seine Nachfolge die Zukunft des Landes entsprechend seinen Vorstellungen geebnet sehen möchte und erwartungsgemäß daher auf die Sicherung des Status quo abzielen wird. In diesem Zusammenhang ernannte der Revolutionsführer einen Vertrauten, den früheren Generalstaatsanwalt und Expertenratsmitglied Hodschatoleslam Ebrahim Raisi, kurz nach der Wahl am 7. März 2016 zum neuen Leiter für die Stiftung des Imam Reza Schreins in Maschhad. Die Stiftung, die sich seit der Islamischen Revolution im Jahre 1979 zu einem Wirtschaftskonglomerat entwickelt hat, gilt als ökonomisches Schwergewicht im Land und könnte bei der Wahl eines neuen Revolutionsführers ebenfalls eine einflussreiche Rolle einnehmen. Im äußersten Fall, dass tatsächlich kein geeigneter Kandidat gefunden wird, ließe sich auch durch den bereits erwähnten Führungsrat einem Machtvakuum vorbeugen. Als dauerhafte Lösung gibt es für diesen seit der Verfassungsreform von 1989 jedoch keine rechtliche Grundlage mehr. Mit einer Verfassungsänderung könnte man dieses Problem zwar umschiffen, ein solches Experiment würde dennoch das Prinzip der Herrschaft des Obersten Rechtsgelehrten als ideologisches Kernelement der politischen Ordnung auf seine Dehnbarkeit prüfen. Ob die erfolgreiche Machttransition vom Kreis der revolutionären Gründerväter des Systems hin zu einer neuen Generation von Entscheidungsträgern gelingen kann, wird letztendlich zum entscheidenden Prüfstein für die Zukunft und Stabilität des Systems werden.

-
- ¹ Vgl. Posch, Walter (2011): Ahmadinedschad und die Prinzipalisten: Irans politische Rechte und die Perspektiven für einen neuen Elitenkompromiss. SWP-Studie S 35, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, S. 28–29. Abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S35_poc_ks.pdf. Letzter Zugriff: 31.05.2016.
- ² Vgl. Geranmayeh, Ellie (2016): Iran's elections: a bid to dilute hardliners. European Council on Foreign Relations Commentary, 23.02.2016. Abrufbar unter: http://www.ecfr.eu/article/commentary_irans_elections_a_bid_to_dilute_hardliners_6010. Letzter Zugriff: 31.05.2016.
- ³ Vgl. Posch, Ahmadinedschad und die Prinzipalisten, S. 12–13.
- ⁴ Vgl. ebenda, S. 17.
- ⁵ Vgl. The Guardian (2015): Rafsanjani breaks taboo over selection of Iran's next supreme leader. In: The Guardian, 14.12.2015. Abrufbar unter: <http://www.theguardian.com/world/2015/dec/14/rafsanjani-breaks-taboo-over-selection-of-irans-next-supreme-leader>. Letzter Zugriff: 31.05.2016.
- ⁶ Khamenei, Ali (2016): Bayanat dar didar-e mardom-e Qom (Ansprache beim Treffen mit den Einwohnern von Qom), 09.01.2016. Abrufbar unter: <http://farsi.khamenei.ir/speech-content?id=31906>. Letzter Zugriff: 31.05.2016.
- ⁷ Vgl. Khamenei, Ali (2016): Bayanat dar didar-e mardom-e Najafabad (Ansprache beim Treffen mit den Einwohnern von Najafabad), 24.02.2016. Abrufbar unter: <http://farsi.khamenei.ir/speech-content?id=32414>. Letzter Zugriff: 31.05.2016.
- ⁸ Vgl. Khamenei, Bayanat dar didar-e mardom-e Qom (Ansprache beim Treffen mit den Einwohnern von Qom).
- ⁹ Vgl. Tabatabai, Adnan (2016): Why Tehran matters so much in Iranian politics, In: Al-Monitor, 29.02.2016. Abrufbar unter: <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2016/02/iran-elections-tehran-dimension-rafsanjani-jannati.html>. Letzter Zugriff: 31.05.2016.
- ¹⁰ Vgl. Al-Monitor (2016): Iran's Rouhani 'very pleased' moderate MPs elected. In: Al-Monitor, 06.03.2016. <http://www.al-monitor.com/pulse/contents/afp/2016/03/iran-politics-parliament-rouhani.html>. Letzter Zugriff: 31.05.2016; vgl. Deutsche Welle Farsi (2016): Khorsandi-ye Rouhani az natijeh-ye dour-e dovom-e entekhabat-e majles-e Iran (Rouhanis Zufriedenheit über das Ergebnis der zweiten Runde der Parlamentswahlen Irans). In: Deutsche Welle Farsi, 01.05.2016. Abrufbar unter: <http://www.dw.com/fa-ir/a-19227682>. Letzter Zugriff: 31.05.2016.
- ¹¹ Vgl. Iranian Students News Agency (2016): Payam-e tanha montakhab-e gheir-e ruhani-ye majles-e khobregan (Mitteilung des einzig gewählten Nichtgeistlichen des Expertenrates). In: Iranian Students News Agency, 01.03.2016. Abrufbar unter: isna.ir/fa/news/94121106957/. Letzter Zugriff: 31.05.2016.
- ¹² Vgl. Iranian Students News Agency (2016): Ruhaniyun-e jamandeh az khobregan-e panjom (Die verbliebenen Geistlichen des fünften Expertenrates). In: Iranian Students News Agency, 02.03.2016. Abrufbar unter: <http://www.isna.ir/fa/news/94121207773/>. Letzter Zugriff: 31.05.2016.
- ¹³ Vgl. Majlis Monitor (2016): Analysis: 2016 Iranian Parliamentary & Assembly of Experts Election Results. In: Majlis Monitor, 07.03.2016. Abrufbar unter: <https://majlismonitor.com/en/2016/03/analysis-2016-iranian-parliamentary-assembly-of-experts-election-results/>. Letzter Zugriff: 31.05.2016.
- ¹⁴ Vgl. Salehi-Isfahani, Djavad (2016): Who Are Iran's Voters? In: Al-Monitor, 17.05.2013. Abrufbar unter: <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2013/05/irans-voters-presidential-election-guide.html>. Letzter Zugriff: 31.05.2016.
- ¹⁵ Vgl. Reuters (2016): Iran eyes 2016 economic growth above 5 percent after sanctions lifted. In: Reuters, 05.03.2016. Abrufbar unter: <http://www.reuters.com/article/us-iran-economy-growth-idUSKCNOW70BT>. Letzter Zugriff: 31.05.2016.
- ¹⁶ Vgl. Karami, Arash (2016): Is Khamenei's Nowruz message bad news for Rouhani? In: Al-Monitor, 21.03.2016. Abrufbar unter: <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2016/03/khamenei-nowruz-speech-resistance-economy-norooz.html>. Letzter Zugriff: 31.05.2016.

Autor

Christian Ebert ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Politik des CNMS. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören das politische System der Islamischen Republik Iran und Irans regionale Außenpolitik.

Kontakt: christian.ebert@staff.uni-marburg.de

Über „MENA direkt – Kurzanalyse“

Die Schriftenreihe „MENA direkt – Kurzanalyse“ ist angesiedelt am Fachgebiet Politik des Centrums für Nah- und Mittelost-Studien (CNMS) der Philipps-Universität Marburg unter der Leitung von Prof. Dr. Rachid Ouassa. Sie beschäftigt sich mit den politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsdynamiken im Nahen und Mittleren Osten. Die Schriftenreihe versteht sich als prozessbegleitende Dokumentation der aktuellen Umbruchprozesse in der Region. Die Publikation der einzelnen Analysen erfolgt in unregelmäßigen Abständen.

Herausgeber: Julius Dihstelhoff, Christian Ebert, Karolin Sengebusch, Katrin Sold

Lektorat: Sara Jakob

**Alle Rechte vorbehalten. Die hier geäußerten Meinungen spiegeln die der Autoren wider.
Kommentare können gerne direkt an die Autoren gerichtet werden.**